

Nur Gesundheitspolitik?

Den letzten Weisheiten aus Zeiten der Bonner Republik, etwa ›Gesundheitspolitik werde gerade von denjenigen gemacht, denen es für Wirtschaftspolitik an Talent fehle‹, wird gerade der Garaus gemacht, weil die Wenigsten heute zwischen diesen Feldern noch einen Unterschied zu erkennen vermögen. Begann Philipp Rösler mit einer Art liberalem Hofball des medialen Kleingewerbes, um sich alsbald tatsächlich als Wirtschaftsminister zu verabschieden, wird niemand behaupten, er sei dabei nun klüger geworden. Seinem »Versorgungsgesetz« verhalf Jens Spahn's »Wording« zur »Struktur« an, ohne ihm wirklich Strukturkraft zu geben. Und das Pflege-neuaustrichtungsgesetz von Daniel Bahr fiel schon bei der parlamentarischen Anhörung durch. Eine Schar rauflostiger Hebammen reichte völlig aus, um die Anhörung zu deren eigener gesundheitspolitischer Geburtsvorbereitung umzufunktionieren. Von der ›Neuaustrichtung der Pflege‹ war nur noch am Rande die Rede.

Wie sich das Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG) in diese abgründige Bilanz geschlichen hat, gehört zur Überlebenskunst von »Schwarz-Gelb«. Aber es wundert nicht, wenn gerade das AMNOG in Europa nun totgeschwiegen werden soll. Wochenlang tobte die Berliner politische Kakophonie paradoxerweise gerade um die »Verschwiegenheit« der Arzneimittelrabatte. Wie die Griechen sich reicher gemacht hatten, um in die EU zu kommen, sollte Deutschland die offenbaren Arzneimittelpreise weiter hoch halten. Deutsche Arzneimittelpreise sind in Europa »Referenzpreise«, weil sich nur mit ihnen so schön von oben herab verhandeln lässt. Auch in Deutschland. Erst als sich der GKV-Spitzenverband auf eine Art »Verschwiegenheit« einzulassen schien, wurde es selbst dem Minister fast zu bunt. Der Verschwiegenheit bedarf es

ohnein nicht, weil kaum einer der multimilliarden-schweren Weltkonzerne, die mit ihren phantastischen Neuentwicklungen an die Pforten des Bundesausschusses treten, mehr als einen Termin zur Wiedervorlage bekommt. Die Bundesregierung hatte versehentlich das härteste Arzneimittelgesetz der Welt gemacht und für teure Innovationen – wie die Schotten oder das englische NICE – einen ›Zusatznutzen‹ gefordert, obgleich schon der ›Nutzen‹ meist eine himmelferne Kategorie ist.

Sollten wir deshalb, wie die Süddeutsche Zeitung fordert, das Gesundheitsministerium auflösen und dem Wirtschaftsressort zuschlagen. Schon verlangen alle drei F.D.P.-Ministerien, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) müsse ganz (ohne 5-Prozent-Hürde) auch für die soziale Krankenversicherung gelten. Die Konzerne der privaten Krankenversicherung suchen Schutz unter dem Rettungsschirm des Gesundheitsfonds der GKV, bevor sie wegen abstürzender Altersrückstellungen eine Bad-Bank brauchen. Auch ließe sich in der GKV mit »Umsätzen« und »Gewinnen« unverkrampft umgehen, wenn all der ethische Nebel verweht. Es ist ja nichts für schlichte Gemüter, das höchste Gut seiner Bürger, die Gesundheit, öffentlich als Thema für »Kostendämpfung« verkaufen zu müssen. Soviel Verdrehtheit am Leben bringen nur Sozialdemokraten politisch schmerzfrei auf die Bühne: Also weg mit dem BMG?

Nein. Nicht nur, dass dies auch diesen Fluchtversuch für den netten Philipp Rösler noch widerlegen würde: Es ist auch kaum zu erwarten, dass das BMWi mit soviel Geld umgehen kann. Seit den Bonner Tagen ist man in dem politischen Windpark mit »Ordnungspolitik« verwöhnt. So richtig in die Verantwortung zu gehen und für hunderte von Milliarden Euro gerade zu stehen, würde den Komfort im BMWi arg schmälern. Zudem wird in der Berliner Republik Wirtschaftspolitik von denjenigen gemacht, denen es für Gesundheitspolitik an Talent fehlt. Schließlich müssen ethische, medizinische, wirtschaftliche und soziale Dimensionen der Politik für 80 Millionen Bürger auf einen Nenner gebracht werden. Da braucht es mehr als einen Windpark. Da braucht es auch Streit und das Ringen um den richtigen Weg. Es ist zwar »nur Gesundheitspolitik«, aber gerade nichts für das Wirtschaftsministerium.

Die Herausgeber